

legal, in ihren Folgen jedoch brutal und inhuman. Die Ausweisung jener 12 000 Asiaten, die sich in den letzten zwei oder drei Jahren um das ugandische Bürgerrecht bemüht hatten, ist besonders problematisch. Ihre Papiere blieben in den Ministerien liegen. Auch Amins Bestimmung, daß die Geschäfte und Häuser der ausziehenden Asiaten nur an Afrikaner verkauft werden dürfen, ist offener Rassismus. Die Ugandesen asiatischer Abstammung werden damit zu Bürgern zweiter Klasse degradiert. Amin hat den ca. 55 000 Asiaten zunächst zugestanden, daß sie Waren und Geld im Wert von £ 2800 pro Person ausführen dürften und £ 1150

nach einem Jahr. Für die wohlhabenden Geschäftsleute ist das sehr wenig, für die ugandische Wirtschaft jedoch viel. Die *Devisenreserven* Ugandas betragen zur Zeit ca. 15 Millionen Pfund Sterling. Die Asiaten werden 60 bis 100 Millionen Pfund Sterling ausführen. Der Ertrag, der durch die Konfiskation des Besitzes der Zwangsauswanderer dem Staat zufällt, kann den wirtschaftlichen Schaden dieses Devisenabflusses nicht kompensieren. Die Ausweisung der Asiaten wird demnach weder die wirtschaftlichen Probleme des Landes lösen noch die seit Monaten herrschende politische Krise in der Armeeregierung Amins beheben.

Biharis bei der Eisenbahn. Doch seit Dezember 1971 haben sie keinen Lohn mehr erhalten. Allein die Werkstätten beschäftigten 7500 Mann, doch sind sie noch nicht wieder eröffnet. So fehlt es natürlich auch hier an Nahrungsmitteln.

Weitere große Zentren sind in der zweitgrößten Stadt des Landes, in Chittagong, und in der zweitgrößten Hafenstadt von Bangla Desh, in Khulna, zu finden. Hier gab es am 10. März bei Auseinandersetzungen mit bengalischen Studenten mehr als 1000 Tote. Insgesamt liegen die Angaben über 740 000 in Enklaven lebenden Biharis vor. Die Zahl der insgesamt noch lebenden Nicht-Bengalen wird auf ein bis eineinhalb Millionen geschätzt bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 70 Millionen.

## Verfolgung der nichtbengalischen Minderheit in Bangla Desh

Die nichtbengalische Bevölkerung im ehemaligen Ostpakistan, vielfach als *Biharis* bezeichnet, scheint einem ähnlichen Schicksal entgegenzugehen wie die Bahutus in Burundi (vgl. HK, Juli 1972, 325). „Obwohl humanitäre Organisationen wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, die Liga der Rotkreuzgesellschaften, kirchliche und andere Hilfswerke an Ort und Stelle täglich mit dem Genozid konfrontiert sind, wird der Mantel des Schweigens über das Grauen ausgebreitet.“ Diesen harten Vorwurf erhob ein aus Sicherheitsgründen anonym bleibender Gewährsmann der Schweizer „Weltwoche“. In einem am 12. Juli unter der Überschrift „Ein Volk stirbt — die Welt schweigt — Der Vernichtungsfeldzug gegen die Biharis“ veröffentlichten Beitrag werden Einzelheiten genannt. Im Vorwort der Redaktion heißt es dazu: „Wenn es in dieser Welt wirkliche Menschlichkeit gibt, kann unser Protokoll über den Untergang dieses Volkes wenigstens dazu beitragen, im letzten Augenblick noch einige wenige Überlebende zu retten: einige hunderttausend von ursprünglich drei bis fünf Millionen Biharis.“

### Hoffnungslosigkeit der Gettos

Seit der Kapitulation der pakistanischen Truppen am 16. Dezember 1971 sind die Biharis, denen man Kollaboration mit der Regierung und den Behörden Westpakistans

vorwirft, der Rache und Vergeltung ausgesetzt und erscheinen den meisten Bengalen als Freiwild. Nach dem Rückzug der indischen Truppen aus dem neuen Staat am 15. März hat sich ihre Situation noch weiter verschlimmert. In ihren früheren Hauptwohngebieten und in zusätzlich eingerichteten Lagern, die übereinstimmend als „Konzentrationslager“ bezeichnet werden, vegetieren sie — abgeschlossen von der Außenwelt — dahin. Ihr früherer Besitz ist fast ausnahmslos beschlagnahmt, sie sind arbeitslos, leiden Hunger, man verweigert ihnen die Aufnahme in Krankenhäuser. Nach Deportation, Mord und Vergewaltigung, Plünderung und Inhaftierung scheint für die meisten der Überlebenden kaum noch Hoffnung zu bestehen. Allein in den Gettos um die Hauptstadt Dacca befinden sich augenblicklich ca. 280 000 Biharis. Die dortigen Bezirke Mirpur und Mohammedpur übertreffen nach übereinstimmenden Zeugenaussagen in ihrem Elend alle bisherigen Vorstellungen von Slums und Lagern. Über die Hälfte der Insassen ist im Alter unter 16 Jahren. Immer wieder kommt es zu Überfällen. Im Nordwesten des Landes, im Bereich von Saidpur, sollen mehr als 400 000 Biharis leben. Da sie dort die Bengalen zahlenmäßig übertreffen, sind diese etwas geschützter als die in Dacca lebenden Nicht-Bengalen. Hier können sie sich zumindest einigermaßen frei bewegen. In diesem Gebiet arbeiteten die meisten

### Streit um Zahlen

Ähnlich wie bei der großen Flutkatastrophe im damaligen Ostpakistan vor zwei Jahren und während der kriegesischen Auseinandersetzungen im vergangenen Jahr (vgl. HK, November 1971, 510) ist es auch im Fall der Biharis schwer, genaue Zahlenangaben zu erhalten. Nach dem wohl fundiertesten Bericht über das Bihari-Problem (*Ben Whitaker, The Biharis in Bangla Desh, Report Nr. 11 der „Minority Rights Group“, London*), herausgegeben von einer seit 1960 für die Belange aller Minderheiten tätigen Organisation (unter der Schirmherrschaft u. a. von *Milovan Djilas, Lady Jackson* und *Gunnar Myrdal*), entstehen die unterschiedlichen „Schätzungen aus unbekanntenen Quellen und werden schnell als geschichtlich gegeben hingenommen“. Nach Selbstangaben der Biharis waren es früher bis zu fünf Millionen. „Aber die Definition des Begriffes ‚Bihari‘ variiert sehr stark und kann auch andere nicht-bengalische Einwanderer oder Urdu-sprechende Gruppen umfassen.“ Nach einer Volkszählung von 1961 gaben 800 247 Personen bei einer Gesamtbevölkerung von damals 50 840 235 Ostpakistanis an, daß ihre Muttersprache eine andere als die bengalische sei. 627 389 erklärten, sie seien „Pakistani, die auf dem pakistanisch-indischen Subkontinent jenseits der Grenzen der Volkszählung geboren seien“. 434 000 von ihnen nannten bei der Volkszählung 1961 Ostindien als ihr Geburtsland.

Zählungen jüngerer Datums liegen nicht vor. Schätzungen schwankten zwischen zwei und fünf Millionen Ostpakistani nichtbengalischer Abstammung zu Beginn des Krieges im März 1971. Die Organisation „medico international“ spricht von 2,3 Millionen, die „bereits den gezielten Morden in Bangla Desh zum Opfer gefallen“ seien. Im Bericht des aus Bangla Desh zurückgekehrten Schweizer Chirurgen *J. M. Junod*, der erhebliches Aufsehen erregte, sieht diese Zahl schon wieder anders aus. Demnach sind „von den drei Millionen Biharis, die vor dem Krieg in Ostbengalen lebten, 2,3 Millionen umgebracht worden oder durch Hungersnot und Krankheit umgekommen“ (NZZ, 14. 6. 72). In einem von Biharis im Getto von Mirpur selbst verfaßten Memorandum vom April 1972 schließlich heißt es: „Die Wahrheit über die Gesamtzahl der im Blutbad (zu Beginn dieses Jahres) ermordeten Nicht-Bengalen spiegelt sich in der Differenz der Zahl ‚fünf Millionen‘, die der ehemalige Außenminister *Khondkar Mushtaque Ahmad* am 29. 12. 1971 gab, und der Zahl ‚eine Million‘, die Ministerpräsident *Sheikh Mujibur Rahman* am 29. 3. 1972 nannte.“ Diese Argumentation dürfte für eine Beurteilung der wahren Lage aber wohl kaum ausreichen. Das Beispiel macht nur die Manipulation mit Zahlen je nach Bedarf deutlich. Auch die einigermaßen gesicherten Angaben über heute in besonderen Distrikten oder Lagern lebende Biharis lassen noch keine Rückschlüsse auf die Gesamtzahl der noch lebenden nichtbengalischen Bevölkerung zu. Viele sind untergetaucht, andere sind nach Indien geflohen, ein Teil lebt im Lande verstreut. Unter Hunger und Krankheit hatten und hat nicht nur die Bihari-Gruppe, sondern die gesamte Bevölkerung von Bangla Desh zu leiden.

### Warum werden die Biharis nicht geduldet?

Die Biharis sind nicht zum erstenmal der Verfolgung ausgesetzt. Ihre heutige Unterdrückung hat *soziale, politische und sprachliche Wurzeln* in der Geschichte des indischen Subkontinents. Vor der Teilung in das Hindu-Land Indien und den mohammedanischen Staat Pakistan im Jahre 1947 lebten im Staate Bihar in Indien, dem Heimatland eines Teils der

Biharis (nach denen die gesamte nichtbengalische Minderheit des späteren Ostpakistan bezeichnet wurde), etwa vier Millionen Moslems unter 26 Millionen Hindus. Ein Großteil von ihnen verließ die Heimat, um sich im benachbarten Ostbengalen und damit im islamischen Pakistan anzusiedeln. Nach mehreren Massakern zwischen Hindus und Moslems, die die Übersiedlung begleiteten, schlossen sich auch Moslems aus anderen Regionen Indiens an. All diese Flüchtlinge hatten zwar die gleiche Religion wie die im neuen Ostpakistan wohnenden Bengalen, doch unterschieden sie sich durch ihre Kultur, Tradition und besonders die Sprache, nämlich Urdu, von den Einheimischen. Die Biharis hatten bewußt Urdu als Symbol ihrer anderen Religion innerhalb der indischen Hindu-Mehrheit gepflegt. Diese Sprache wurde dann 1948 zur offiziellen Sprache Pakistans erhoben. Damit waren die Biharis im Vorteil gegenüber den Bengalen, die sich an die verordnete Sprache nicht halten wollten. Schon früh zeigten sich die Differenzen zwischen der nationalen Linie der Bengalen und der vom Zentrum in Westpakistan propagierten Politik. Die Einwanderer aus Indien fand Zugang nur zu bestimmten Berufszweigen, wobei sie größtenteils wegen ihrer eindeutigen Option für Pakistan und damit auch für die hauptsächlich von Westpakistan gestellten Behörden bessere Positionen erhielten als die Bengalen. Sie waren fleißig, zäh und ehrgeizig. Der Neid der anderen war oft die Folge. Die Feindschaft zwischen beiden Bevölkerungsgruppen verstärkte sich mit dem Aufkommen der nationalistischen Awami-Liga, da die Biharis weiterhin loyal für die pro-pakistanische Moslem-Liga votierten, obwohl sie sich selten aktiv politisch betätigten. Hauptsächlich aus *Selbsterhaltungstrieb* stellten sie sich gegen die Selbstständigkeitsbestrebungen der Bengalen. Damit beschworen sie das erste große Massaker vom März 1971 herauf, das frühere Ausschreitungen gegen die Biharis aus den Jahren 1954 und 1969 bei weitem übertraf. Nach dem anschließenden Einrücken westpakistanischer Truppen arbeiteten die Biharis weitgehend mit diesen zusammen und schlossen sich teils freiwillig, teils gezwungen der paramilitärischen Organisation der „Razakar“ an, auf deren Konto nicht nur Verrat, sondern zahlreiche Morde

gehen. Aus dieser Zeit besonders hat sich bei den Bengalen der Haß gegen die Biharis festgefressen. Der Gegen Schlag folgte dann auch sogleich nach der Niederlage der pakistanischen Armee.

Im Waffenstillstandsabkommen vom 16. Dezember 1971 hatte Indien den *Schutz aller Minderheiten* garantiert. An dieses Versprechen hielt man sich weitgehend. Auch *Sheikh Mujibur Rahman* hatte sich unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Bangla Desh für den Schutz der Minderheiten ausgesprochen. Doch wegen des Drucks einflußreicher radikaler Kräfte der Awami-Liga war in der Folgezeit wenig davon zu spüren. In dem Bericht der „Minority Rights Group“ heißt es dazu: „Seitdem hat er wenig unternommen, um dieses verkündete Ideal in die Praxis umzusetzen oder irgendeine öffentliche Anleitung zu geben, die die Bengalen in die Lage versetzt, zu unterscheiden zwischen den Biharis, die mit den Pakistani kollaborierten, und der größeren Zahl derjenigen Bihari-Familien, eingeschlossen Witwen und Kinder, die kein Verbrechen begangen haben können.“ Durch den generellen Vorwurf der „Kollaboration“ wird der unkontrollierten Selbstjustiz Tür und Tor geöffnet. Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit scheint der um das Prestige des jungen Staates fürchtende Regierungschef etwas überzeugender das Problem der Minderheit anfassen zu wollen, wenn auch Aussprüche wie „Die Biharis werden besser behandelt als die Schwarzen Amerikas“ immer wieder an der Glaubwürdigkeit solcher Beteuerungen zweifeln lassen. Insgesamt muß man eher von einem „Völkermord durch Unterlassung“ (Le Monde, 13. 6. 72) als von einer systematischen Kampagne sprechen.

### Schwierigkeiten mit Hilfeleistungen

Die *humanitäre Hilfe* für die Biharis stand von Anfang an unter einem ungünstigen Stern. Sie war Behinderungen seitens radikaler Bengalen unterworfen und hat inzwischen zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen innerhalb und zwischen einzelnen Hilfsorganisationen geführt. Die als „Mutter Teresa von Kalkutta“ bekannt gewordene Schwester *T. Bojoyhni* mußte ihre schon sehr früh begonnene Hilfe zusammen mit

ihren Mitschwestern an das Rote Kreuz von Bangla Desh abtreten. Ähnlich erging es am 18. April dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, dem von diesem Zeitpunkt an nur noch Beobachter zugestanden werden. Dieser Schritt seitens der Regierung hat zu vielen Gerüchten und Anklagen Anlaß gegeben. Wurde dem Roten Kreuz und anderen Organisationen zunächst vorgeworfen, sie hätten sich einseitig auf die Seite der Biharis geschlagen, so wurde ab April immer wieder der Vorwurf laut, das Nationale Rote Kreuz von Bangla Desh tue nichts für die Biharis und leite nicht einmal die dafür vorgesehenen Hilfs- und Nahrungsmittel weiter. Besonders in der Schweizer Presse fanden sich handfeste Behauptungen von Augenzeugen, die sowohl die Untätigkeit als „politischer Rücksichtnahme“ als auch die Verweigerung der Hilfe durch die Bengalen zum Inhalt hatten.

Die Organisation „medico international“ hat ihre Bangla-Desh-Hilfe bis auf weiteres eingestellt wegen der Untätigkeit der Regierung angesichts der Verfolgung der Biharis. Die Delegierten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz haben mittlerweile nach einer UN-Intervention

wieder mehr Einflußmöglichkeiten. Die Hilfe aller katholischen Stellen für die Biharis (nach einem Bericht des Deutschen Caritasverbandes von Ende Juni inzwischen mehr als eine Million DM) läuft im Gegensatz zur übrigen Hilfe für Ostpakistan über das IKRK. Der „Ökumenische Hilfs- und Wiederaufbaudienst in Bangla Desh“ (BERRS) will sich zunächst mit Reislieferungen, später auch mit Wiederaufbauprojekten einsetzen (epd, 16. 6. 72).

### Wie soll es weitergehen?

Das strikte Verbot direkter Hilfe durch nichtbengalische Organisationen für die Biharis soll nach einer Schutzbehauptung der Regierung dazu dienen, die Integration dieser Bevölkerungsgruppe zu beschleunigen und eine ähnliche Lage wie die der Palästina-Flüchtlinge zu verhindern. Diese Integration allerdings wird bisher noch nirgendwo gefördert. Wegen des angestauten Hasses lassen sich auch kaum Möglichkeiten für eine baldige friedliche Integration aufzeigen. Es gibt den Plan, die 1,5 Millionen Biharis nach Westpakistan auswandern zu lassen und statt dessen die dort noch lebenden 500 000 Ben-

galen nach Bangla Desh zu holen. In Pakistan allerdings ist man daran nicht sonderlich interessiert. Indien weigert sich, Flüchtlinge aufzunehmen. Die Biharis selbst fordern von Besuchern in den Lagern Gift oder irgendein Land, in dem sie zumindest in Ruhe sterben können. Eine erste Erleichterung und ein eventueller Ausweg aus der jetzigen Lage wäre es, wenn sich die Regierung zu einer Generalamnestie, zur Öffnung der Arbeitsplätze, zur Rückgabe des Eigentums, zur Aufhebung der Kontensperrung und zur Ermöglichung der Auswanderung entschliesse. Aber die Regierung ist mittlerweile von soviel internen Streitigkeiten erschüttert, daß es gerade zu diesen Maßnahmen kaum kommen wird. Zudem ist die Not der Gesamtbevölkerung so groß, daß gezielte Hilfen für die Biharis schon deshalb zurückgestellt werden. Sollte es in Kürze zu den geplanten Kriegsverbrecherprozessen kommen, von denen nicht nur pakistanische Soldaten, sondern Tausende von Biharis betroffen sind, wird wahrscheinlich die Wunde erst recht aufgerissen und ebenso wie die bis heute andauernde Entdeckung von Massengräbern zu neuen Exzessen führen.

## Vorgänge und Entwicklungen

### Die Kirche und die Studenten

#### Zur gegenwärtigen Auseinandersetzung zwischen der Deutschen Bischofskonferenz und der KDSE

*Über den seit Anfang 1971 offen ausgebrochenen Konflikt zwischen der Deutschen Bischofskonferenz und der Katholischen Deutschen Studenteneinigung sowie über die innere Entwicklung in der KDSE haben wir bereits zweimal berichtet (vgl. HK, April 1971, 182 f. und September 1971, 414 f.). In der hier folgenden Analyse, die unsere früheren Berichte voraussetzt, versucht ein unmittelbar Beteiligter (Klaus Clasen ist Studentenfarrer in Aachen und gehört seit dem letzten Gemeindevertretertag in Paderborn dem Vorstand der KDSE an) die Ursachen und Folgen des Konfliktes darzustellen und erste Perspektiven für einen Neuanfang für das gemeindliche Wirken der Kirche an den Hochschulen zu entwickeln. Auf die pastoraltheologischen und ekklesiologischen Aspekte der Aufgaben der Kirche an den Hochschulen werden wir noch zurückkommen.*

Spätestens seit der Verabschiedung des „Schwerpunktprogramms für die weitere Arbeit der katholischen Stu-

dentengemeinden, der Projektbereiche und des Vorstandes der KDSE“ auf dem Gemeindevertretertag (GVT) in Würzburg im Juli 1971 hat sich die Lage um die KDSE zunehmend verschärft. Im Augenblick sieht es so aus, daß niemand mit Gewißheit voraussagen kann, wie lange und ob die KDSE in ihrer jetzigen Struktur weiterexistieren wird. Vielleicht wird die nächste Bischofskonferenz im Herbst dieses Jahres endgültige Klarheit bringen. Begonnen hatte diese Entwicklung nach der Verabschiedung der geänderten Satzung der KDSE auf dem GVT in Freising, Juli 1969. Von da an bis heute fanden zahllose Gespräche der Beteiligten und Betroffenen statt: zwischen der Bischofskonferenz und der KDSE; zwischen der Studentenfarrerkonferenz und der KDSE; zwischen den Studentenfarrern und den Bischöfen. Erklärungen und Gegenerklärungen, viele Briefwechsel säumen den Weg der bisherigen Entwicklung. Gutachten und Gegengutachten wurden in langwieriger und mühseliger Arbeit erstellt. Solidaritätserklärungen einzelner und von Ge-